



Nr. 6/18 | 5.2.2014

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Parteifreundinnen,
liebe Parteifreunde,

in jeder Sitzungswoche des Deutschen Bundestages berichte ich Ihnen über die aktuellen politischen Geschehnisse aus Berlin. Die vergangene Woche war geprägt von der Aussprache über die Regierungserklärung der Bundeskanzlerin. Ferner gebe ich Ihnen einen Einblick in meine Arbeit und meinen Einsatz für Mannheim in Berlin.

Es grüßt Sie sehr herzlich

Ihr

Egon Jüttner

HEUTE LESEN SIE IM BERICHT AUS BERLIN:

1. Regierungserklärung der Bundeskanzlerin
2. Verstärkung der integrierten Luftverteidigung der NATO
3. Beteiligung an NATO Operation ACTIVE ENDEAVOUR
4. Empfang des Staatsoberhauptes von Samoa
5. Relevantes aus Mannheim und der Region

1. Regierungserklärung der Bundeskanzlerin

Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel hatte ihr drittes Kabinett in der vorletzten Woche zu einer Klausurtagung auf Schloss Meseberg versammelt. Dort wurden nicht nur die Schwerpunkte der einzelnen Ressorts beraten, sondern auch wichtige Beschlüsse gefasst. In ihrer ersten Regierungserklärung hat die Bundeskanzlerin für die zentralen Projekte der Großen Koalition geworben. Dr. Angela Merkel hob in ihrer Rede besonders den Nutzen der sozialen Marktwirtschaft für unser Land hervor. Diese werde der Kompass für die Große Koalition sein, die mit ihrer Politik "den Menschen in den Mittelpunkt stellt". „Dabei setzen wir erstens auf solide Finanzen, zweitens auf Investitionen in die Zukunft unseres Landes, drittens auf die Stärkung unseres gesellschaftlichen Zusammenhalts, viertens auf die Fähigkeit Deutschlands, Verantwortung in Europa und der Welt zu übernehmen. Diese vier Punkte sind nicht hierarchisch gegliedert. Sie stehen gleichrangig nebeneinander“, so Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel. Deutschlands Erfolg sei aber auch vom Erfolg und der Stärke Europas abhängig. Europäische Institutionen müssen gestärkt werden und durch EU-Verträge und Projekte kann Europa und somit Deutschland dauerhaft stabil werden und sich mit gebündelten Kräften auf die großen Herausforderungen konzentrieren. Als zentrales Projekt nannte die Bundeskanzlerin die Energiewende. Bis zum Jahre 2050 soll 80 Prozent unseres Stroms aus Erneuerbaren Energien gewonnen werden. Der aktuelle Stromanteil von erneuerbaren Energien beträgt 25 Prozent. Wichtige Voraussetzung für deren Erfolg sei aber eine "sichere und bezahlbare Energieversorgung" für Bürger und Unternehmen. Der Bundeswirtschafts- und -energieminister legte dazu ein Eckpunktepapier zur Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes vor. Es setzt das um, was CDU/CSU in den Koalitionsverhandlungen zu dem Thema durchgesetzt haben.

Die Bundeskanzlerin verteidigte das Rentenpaket, nachdem das Kabinett dieses gebilligt hatte. Es wird für Menschen mit 45 Beitragsjahren inklusive des Bezugs von Arbeitslosengeld I eine abschlagsfreie Rente mit 63 Jahren, aufwachsend dann bis Anfang der 30er-Jahre auf 65 Jahre, eingeführt. In der Zwischenzeit müssen wir dafür Sorge tragen, dass sich auch die Beschäftigungschancen langjährig Beschäftigter weiter deutlich verbessern. Auch im Bereich Familie wird es in dieser Legislaturperiode Neuerungen geben. Die Teilzeitarbeit der Eltern durch das ElterngeldPlus wird erleichtert und der Ausbau der Kitaplätze fortgesetzt. Mütter, die vor 1992 ihre Kinder geboren haben, hatten nicht annähernd so gute Bedingungen für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Diesen Müttern soll im Rentenrecht ein Jahr mehr für die Anerkennung ihrer Erziehungsleistung angerechnet werden.

„Jeder, der ein Herz hat“, müsse sicherstellen, dass der Wunsch nach würdiger Bezahlung Menschen, die heute Arbeit haben, nicht in die Arbeitslosigkeit führe. Der Mindestlohn von 8,50 Euro wird ab Anfang 2015 gelten. Tarifverträge aber, die mit einer Lohnuntergrenze von weniger als 8,50 Euro vereinbart wurden, gelten noch bis Ende 2016. Solche Tarifverträge dürfen im Jahr 2014 noch abgeschlossen werden. „Arbeitgeber und Gewerkschaften haben damit alle Freiheit und Möglichkeit, genau davon dort Gebrauch zu machen, wo immer dies zum Erhalt von Arbeitsplätzen notwendig ist“, erklärte die Bundeskanzlerin. Steuererhöhungen schloss Merkel auch weiterhin aus und hob hervor, dass der Bund die Schuldenbremse eingehalten hat und ab 2015 ganz ohne Nettoneuverschuldung auskommen wird. Dies sei Ausdruck solider Finanzen und ist ein „zentrales Gebot der Gerechtigkeit und gelebte soziale Marktwirtschaft“. Das gelinge aber nur mit klaren Prioritäten bei den Ausgaben und Zukunftsinvestitionen. Der Bund will die Kommunen entlasten, indem er in diesem Jahr, nunmehr vollständig die Grundsicherung für ältere Menschen übernimmt, und in den Folgejahren, indem er sich schrittweise an der Eingliederungshilfe bis zu einer Höhe von 5 Milliarden Euro beteiligt. "Trotz aller Erfolge dürfen wir unsere Hände nicht in den Schoß legen", so Dr. Angela Merkel.



2. Verstärkung der integrierten Luftverteidigung der NATO

Mit ihrer Präsenz haben die seit Anfang 2013 in der Türkei stationierten Flugabwehrraketen aus den Niederlanden, den USA und Deutschland zum Schutz der Türkei vor Angriffen aus Syrien beigetragen. Der Alliierte Oberbefehlshaber der NATO (SACEUR) hat in seinem Bericht vom 3. Dezember 2013 die Bedrohung der Türkei durch Syriens ballistische Kurz- und Mittelstreckenraketen als unverändert bewertet. Wir stimmten daher dem Antrag der Bundesregierung zu, den seit dem 4. Dezember 2012 bestehenden deutschen Beitrag zur Verstärkung der integrierten Luftverteidigung der NATO in der Türkei bis zum 31. Januar 2015 zu verlängern. Mit dieser Maßnahme unterstützen wir unseren NATO-Partner Türkei und beteiligen uns am Schutz der türkischen Bevölkerung.

3. Beteiligung an NATO Operation ACTIVE ENDEAVOUR

Ebenfalls befristet verlängerten wir die Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der von der NATO geführten Operation „Active Endeavour“. Bis zum 31. Dezember 2014 können bis zu 500 Soldaten im Rahmen der maritimen Terrorismusabwehr eingesetzt werden, die sich momentan vor allem auf Seeraumüberwachung und Lagebildaustausch beschränkt. Anders als bei früheren Mandaten wurde auf die Befugnisse zur Kontrolle des Seeverkehrs oder zur Unterstützung spezifischer Operationen der NATO verzichtet.

4. Empfang des Staatsoberhauptes von Samoa

Am 28. Januar 2014 habe ich im Bundestag das Staatsoberhaupt von Samoa, Seine Hoheit Tui Atua Tupua Tamasese Efi, mit einer zehnköpfigen Delegation empfangen. Es war mir eine besondere Freude, das Staatsoberhaupt zu einem einstündigen Gedankenaustausch in Berlin begrüßen zu dürfen, nachdem ich Tui Atua Tupua Tamasese Efi bereits im Jahre 2012 im Rahmen eines Samoa-Besuchs kennengelernt habe. Damals nahm ich als offizieller Vertreter der Bundesrepublik Deutschland am 50-jährigen Unabhängigkeitsjubiläum Samoas von Neuseeland teil und überreichte Tui Atua Tupua Tamasese Efi eine Grußbotschaft von Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert. Samoa, das von 1900-1914 eine deutsche Kolonie war, unterhält traditionell enge Beziehungen zu Deutschland. So wandelte das Staatsoberhaupt während seines Deutschlandbesuchs auf den Spuren seines Großvaters, der vor dem Ersten Weltkrieg in Berlin von Kaiser Wilhelm II. empfangen wurde und in München das Völkerkundemuseum besichtigte. Dort wird Tui Atua Tupua Tamasese Efi nach seinem Aufenthalt in Berlin eine Ausstellung eröffnen. Das Staatsoberhaupt wurde von seiner Frau Masiofo Filifilia Tamasese und neun weiteren Delegationsmitgliedern begleitet. Darunter befand sich auch der deutsche Honorarkonsul auf Samoa, Arne Schreiber. Vor dem Treffen mit mir war die samoanische Delegation von Bundespräsident Joachim Gauck in Schloss Bellevue zum Mittagessen empfangen worden. Nach seinem Aufenthalt in München reiste Tui Atua Tupua Tamasese Efi nach Rom, wo er sowohl vom früheren Papst Benedikt als auch vom amtierenden Papst Franziskus empfangen wurde.



Bild: Egon Jüttner mit dem Präsidenten von Samoa

5. Relevantes aus Mannheim und der Region

Bund beteiligt sich an Kosten für Integration von Armutszuwanderern

Im Rahmen zwei parlamentarischer Anfragen an die Bundesregierung erkundigte ich mich nach der Unterstützung des Bundes für Kommunen wie Mannheim, die besonders stark durch die Armutszuwanderung aus Rumänien und Bulgarien betroffen sind. Nach der Finanzverfassung der Länder sind zwar diese für eine angemessene Finanzausstattung ihrer Kommunen zuständig, dennoch wird der Bund die Kommunen, wie der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorischerheit, Florian Pronold, in seiner Antwort mitteilte, bei der Bewältigung dieser großen finanziellen Herausforderungen im Rahmen seiner Möglichkeiten unterstützen. So habe man sich im Koalitionsvertrag darauf geeinigt, daß betroffene Kommunen bestehende und weiterzuentwickelnde Förderprogramme des Bundes, wie etwa das Programm „Soziale Stadt“, stärker als bisher nutzen dürfen. Das Programm „Soziale Stadt“ wird künftig nicht nur städtebauliche Missstände beseitigen, sondern auch einen wichtigen Beitrag zum gesellschaftlichen Zusammenleben und zur Integration leisten.

Die Erkenntnis des Bundes, daß die Kommunen bei diesem Problem nicht alleine gelassen werden können und eine Unterstützung allein durch die Länder nicht ausreicht, finde ich begrüßenswert. Mannheim, insbesondere die Stadtteile Neckarstadt-West und Jungbusch, haben in den vergangenen Jahren einen großen Zuzug aus Rumänien und Bulgarien zu verzeichnen. Die Stadt ist aufgefordert, sämtliche Mittel und Gelder für Integrationsprojekte abzurufen und sinnvoll einzusetzen, sobald sie zur Verfügung stehen.



Gerne nehme ich Anregungen von Ihrer Seite auf. Schreiben Sie mir bitte nach Berlin oder rufen Sie mich an.

Prof. Dr. Egon Jüttner MdB

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Tel. 030 / 227 – 722 91

E-Mail: egon.juettner@bundestag.de

Internet: www.egon-juettner.de